



Sehr geehrte Damen und Herren,

auch dieses Jahr haben wir wieder einen umfangreichen Haushaltsplanentwurf zur Bearbeitung vorgelegt bekommen. Ich möchte mich auch dieses Jahr dafür bei den Mitarbeitern bedanken, die sich bei der Aufstellung und Zusammenstellung der Daten beteiligt haben. Für uns ist der Haushalt auch immer die Möglichkeit nochmal alle Bereiche, um die wir uns zu kümmern haben, intensiv zu beleuchten.

Ein großer Punkt bei der Diskussion um diesen Haushalt ist die Kreisumlage. Sie ist ein ganz wesentlicher Ausgabenposten in diesem Haushalt. Sie übersteigt in diesem Haushaltsplan sogar unsere Haupteinnahme, die Gewerbesteuerereinnahmen.

Durch die Höhe der Kreisumlage sind wir hier in der Stadt immer weniger in der Lage frei zu entscheiden und unsere Stadt unabhängig zu entwickeln. Allerdings müssen wir auch bedenken in der Kreisumlage ist auch, mit einem hohen Anteil, die LWL-Umlage. Das LWL ist nicht nur Träger von vielen Maßnahmen für Menschen mit Beeinträchtigungen, sondern auch Träger von vielen kulturellen Einrichtungen. In Zukunft auch einer in SHS. Das Stalag soll mit vielen Millionen Euros durch das LWL ermöglicht und unterhalten werden. Wir wollen das. Das dürfen wir nicht ignorieren.

Wir reden auch seit einiger Zeit immer mehr davon, dass wir mehr Sozialarbeit in unserem Ort brauchen. Ein Balanceakt zwischen Brauchen und Finanzieren. Auch hier erkennen wir, das unter anderem die Arbeit des LWL notwendig und sinnvoll ist.

Ein weiterer teurer Punkt bei der Kreisumlage ist die Jugendhilfe. Auch hier stellt sich das gleiche Problem. Wir wollen kein eigenes Jugendamt, da wir wissen wie teuer dieser Bereich ist. Im letzten Demografieausschuss haben wir erklärt bekommen, wie viel Arbeit die Jugendhilfe hier in SHS im letzten Jahr geleistet hat. Es wurde auch klar: Es wird nur das Nötigste gemacht und wir müssen mit steigenden Zahlen rechnen. Dieser Bereich ist aufwendig und teuer. Es gibt aber keinen Zweifel darüber, dass diese Arbeit geleistet werden muss, ob von Kreis oder Stadt.

Wir wissen also, es wird in Zukunft noch teurer. Doch wer soll das zahlen? Wir nehmen gern die Hilfe in Anspruch, denken jedoch, da SHS nicht Träger ist, müssen wir auch nicht dafür gerade stehen. So wird es nicht funktionieren. Die Kosten laufen im Kreis auf und wir müssen sie über die Kreisumlage mit tragen. Die Kosten zu drücken wird nur in beschränkten Rahmen möglich sein, denn auch der Kreis muss seine Pflichtaufgaben leisten. Hierzu gehören ja nicht nur die Landschaftsumlage und die Jugendhilfe, sondern auch die Infrastruktur, wie Straßen, Rettungsdienste, ÖPNV etc., aber auch das Jobcenter, das

Ausländeramt und das Straßenverkehrsamt, werden vom Kreis getragen. Was ich sagen will ist: Ja, uns wird durch die Höhe der Kreisumlage die Möglichkeit erschwert unsere Stadt so zu gestalten, wie wir es gern würden. Allerdings wird es nicht einfach sein diese Umlage zu verringern, außer die Grundlagen für die Berechnung der Umlage ändern sich oder anders ausgedrückt: Das Land und der Bund übernehmen Verantwortung für die Leistungen, die sie immer mehr der kommunalen Familie aufs Auge drücken.

Sozialarbeit ist nicht kommunale Aufgabe. Sie ist eine Grundlage für die innere Sicherheit im Staat. Der Staat ist dafür verantwortlich die Bürger, die in Not sind, aufzufangen und adäquat zu versorgen. Solche Leistungen können nicht von der Kommune getragen werden. Dabei sind auch die Bürger gemeint, die in Not sind, weil sie hier auf ihrer Flucht aus ihren Heimatländern gestrandet sind. Die Kosten für deren Versorgung müssen von Land und Bund getragen werden.

Ja, es sieht so aus, als würden wir hier nur die Kosten von unten nach oben weitergeben wollen. Aber, das ist nur das Ergebnis daraus, das umgekehrt diese Vorgehensweise sich in den letzten Jahren durchgesetzt hat. Zum Beispiel wurde erst die Kita-Landschaft verändert und jetzt folgt das OGS-System. Die Absicht ist ehrenwert, aber die Last tragen die Kommunen und das ist nicht Okay. Bezahlen sollte, wer die Leistung ordert. Daher ist es mehr als verständlich, dass jetzt die Kommunen aufstehen und sagen: So geht es nicht! Wenn die Gesetzgebung bestimmt, muss sie auch die Kosten dafür tragen.

Wenn sie das nicht können, müssen sie eventuell ihre Wunsch-Projekte zurückfahren, oder andere Prioritäten setzen. Sie können auf keinen Fall immer nur bestellen und andere dafür zahlen lassen.

Jetzt möchte ich noch ein paar Worte zu unserem Haushalt als Ganzes etwas sagen.

Hier in SHS ist die Welt noch in Ordnung.

Wir haben noch Geld auf dem Sparbuch. Entschuldigung: In der Ausgleichsrücklage.

Unseren Unternehmen am Ort geht es gut. Sogar sehr gut. Die Gewerbesteuerereinnahmen sprudeln.

Eine Haushaltssicherung ist nicht in Sicht.

Das ist der Grund, warum wir seit Jahren keine Gewerbesteuererhöhung vornehmen. Wir brauchen das Geld ja nicht, so heißt es.

Ja, zur Zeit brauchen wir das Geld nicht. Aber wie heißt es so schön: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not. So sieht es die CSB seit jeher.

Wir sind der Meinung, dass wir in guten Zeiten dafür sorgen sollten, dass wir in schwierigen Zeiten weiter handlungsfähig sind. Unserer Wirtschaft geht es zur Zeit hervorragend. Wir haben seit Jahren steigende Gewerbesteuerereinnahmen.

Das wird nicht immer so bleiben. Wir alle wissen, nach guten Zeiten kommen auch immer wieder schwierige Zeiten. Es ist völlig unerheblich, ob SHS, als Kommune, in Schwierigkeiten gerät oder die Unternehmen vor Ort eine Rezession erleben müssen. Es ist immer gut, wenn man für solche Fälle vorgesorgt hat und in der einen oder anderen Weise selbstständig und frei agieren kann und entweder die Kommune, oder die Unternehmen unterstützen kann. Daher haben wir auch dieses Jahr wieder dafür plädiert, den Gewerbesteuerhebesatz um moderate 10 Punkte zu erhöhen.

Wir sind sehr enttäuscht, dass wir für diese Idee auch dieses Jahr keine Mehrheit finden konnten.

Kurz möchte ich auch auf eine Bemerkung des Bürgermeisters eingehen, der der CSB unterstellt hat, sie würden die möglichen Zusatzeinnahmen durch die Steuererhöhung gleich mit irgendwelchen Projekten aufbrauchen wollen. Die CSB hat natürlich durchaus auch Vorschläge bei der Weiterentwicklung von SHS, die Geld kosten.

Aber: Wir überlegen tatsächlich bei jedem unserer Anträge, ob sie finanziell im Verhältnis stehen. Wir achten sehr genau darauf, ob Projekte teilweise aufgeblasen werden, oder eventuell auch kleiner gehandhabt werden können. Von uns kommen auch alternative Vorschläge, wenn wir den Eindruck haben, dass die Parteien hier am Ort unnötig Geschenke verteilen wollen. Den Vorwurf, wir würden nicht verantwortlich mit den Steuergeldern unserer Bürger umgehen weise ich hier mit aller Vehemenz zurück.

Im Gegenteil möchte ich darauf hinweisen, dass wir mit einigen Entscheidungen hier im Rat nicht einverstanden waren, da wir sie für unnötig, nicht nachvollziehbar und deshalb für nicht akzeptabel halten. So halten wir es nicht für sinnvoll ein Gebiet für teuer Geld zu überplanen, das fast vollständig in privater Hand ist. Die CSB ist auch der Meinung, dass mit Fördergeldern immer gleich umgegangen werden sollte. Des Weiteren erkennen wir an verschiedenen anderen Projekten, wie dem Grafschaftslauf und der Mobilstationen keinen Wunsch zu sparen. Es sollen dann eher Fördertöpfe aufgemacht werden, die Bürger dazu bringen ihre Schottergärten zurückzubauen, anstatt, dass man bei Neubauten diese gleich verhindert.

Wir hatten allgemein nicht das Gefühl, dass insbesondere bei der CDU eine Tendenz zum Sparen zu sehen war.

Deshalb lehnen wir diesen Haushalt auch ab.

Vielen Dank

Britta Rusch  
(Fraktionsvorsitzende CSB-Fraktion)